



# Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

## PROTOKOLL

Sitzung Nr. 10  
Dienstag, 4. Juli 2006  
17:00 - 19:34 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube  
Genehmigt am: 15.08.06

---

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Erwin Sutter Rolf Amstad	EDU SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 44 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Veronika Heller SR Peter Käßpler Marlies Besio Rainer Schmidig Werner Schöni Ernst Spengler Edgar Zehnder	Finanzreferentin Baureferent CVP EVP SVP SVP SVP
Anfang der Sitzung:	Lotti Winzeler	OeBS

---

## TRAKTANDEN

1	<b>Ersatzwahl in die Verwaltungskommission EWS für den Rest der Legislaturperiode 2005-2008</b>	<b>Seite</b>	<b>323</b>
2	<b>Interpellation Mitglieder der ständigen Kommission für soziale Belange: Arbeit statt Rente</b>	<b>Seite</b>	<b>325</b>
3	<b>Motion Edgar Zehnder (SVP): Missbrauch von Sozialhilfe</b>	<b>Nicht</b>	<b>behandelt</b>
4	<b>Interpellation Christa Flückiger (SP): Schliessung von städtischen Kindergärten</b>	<b>Seite</b>	<b>334</b>
5	<b>Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter</b>	<b>Nicht</b>	<b>behandelt</b>

<b>6</b>	<b>Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen</b>	<b>Nicht</b>	<b>behandelt</b>
<b>7</b>	<b>Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei</b>	<b>Nicht</b>	<b>behandelt</b>

## PENDENTE GESCHÄFTE

<b>EINGANG</b>	<b>TITEL DES GESCHÄFTES</b>	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
07.03.06	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	
11.04.06	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
09.05.06	Motion Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen gegen den Missbrauch von Sozialhilfe	
16.05.06	VdSR Eichenstrasse 1 bis 48, Alleeweg 16 und 17, Aktualisierung der Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse	GPK
16.05.06	VdSR Erneuerung der Kehrrechtbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen, Projekt und Kostenvoranschlag	SPK
29.05.06	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	
30.05.06	VdSR Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren	SPK
13.06.06	VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhauen	SPK
20.06.06	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Haltung nimmt der Stadtrat zum verschärften Asylgesetz ein?	
20.06.06	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei	
27.06.06	Vorlage des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulats)	SPK

## 2006 Kleine Anfragen:

4	Stephan Schlatter (SVP)	Schulhaus Breite: Wie weiter?	20.01.06
---	-------------------------	-------------------------------	----------

## BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

---

### **Traktandum 1      Ersatzwahl in die Verwaltungskommission EWS für den Rest der Amtsdauer 2005-2008**

---

Der Grosse Stadtrat wählt für den Rest der Amtsdauer 2005-2008 Dr. Raphaël Rohner (FDP) im zweiten Wahlgang mit 22 Stimmen in die Verwaltungskommission des Elektrizitätswerkes des Kantons Schaffhausen.

### **Traktandum 2      Interpellation Mitglieder der ständigen Kommission für soziale Belange: „Arbeit statt Rente“**

---

Die Interpellation wird von Thomas Hauser (FDP) begründet, von SR Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

### **Traktandum 4      Interpellation Christa Flückiger (SP): Schliessung von städtischen Kindergärten**

---

Die Interpellation wird von Christa Flückiger (SP) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

---

## **BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** eröffnet die heutige Ratssitzung Nr. 10 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne. Speziell begrüsst der Ratspräsident das neue Grossstadratsmitglied Nicole Herren (FDP) zu ihrer ersten Ratssitzung. Sie wird in Zukunft den Frauenblock der FDP verstärken.

### **Neu eingegangenes Geschäft:**

VdSR des Ratsbüros *Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulats)* vom 27.06.06. Das Büro schlägt eine 9er SPK vor, einladende Partei ist die OeBS/EVP-Fraktion.  
*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

### **Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:**

VdSR *Eichenstrasse 1 bis 48, Alleeweg 16 und 17, Aktualisierung der Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse* vom 16.05.06 und VdSR *Hängige Motionen* vom 11.04.06.

Beide Geschäfte werden auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.

**Zuweisung** der VdSR *Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhausen* vom 13.06.06. Das Büro schlägt eine 11er SPK vor, einladende Partei ist die SP/AL-Fraktion.

*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

**Änderung in der SPK** VdSR Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren: Mariann Keller (SP) übernimmt den Platz von Peter Neukomm (SP).

**Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:**

- Motion Urs Tanner (SP) und Rebekka Plüss (AL): Road pricing vom 27.06.06. Dieses Geschäft wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.
- VdSR des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulats) vom 27.06.06
- Antwort des SR auf die Kleine Anfrage Nr. 6/2006 von Mariann Keller (SP): Zukünftiges Nutzungskonzept am "Platz" in Schaffhausen vom 27.06.06
- Einladung zur Jahrestagung 2006 der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen in Basel vom 22./23.09.06 mit dem verlockenden Thema: "Was ist ein effizientes Parlament?" mit entsprechendem Anmeldeformular
- Jahresbericht der KSS 2005 Sport- und Freizeitanlagen Schaffhausen
- Aktualisierte Sitzordnung im GrSR, Stand 01.07.06
- Einladung zum Ratsausflug am 29.08.06
- Einladung von der Stadtgärtnerei zur Präsentation der Broschüren: Wegleitung im Trauerfall
- Geschäftsbericht Etawatt 2004/2005

## PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 9 vom 20. Juni 2006 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es werden keine Anmerkungen gemacht.

## TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Die **Tagesordnung** der heutigen Sitzung erhält folgende Änderungen:

Der Ratspräsident hat erst nach Festlegung der Tagesordnung erfahren, dass Edgar Zehnder (SVP) diese Woche bereits in den Ferien ist. Somit entfällt das Traktandum 3. Der Rat wird heute nur die Traktanden bis Nr. 4 behandeln, weil ab Traktandum 5 die Zeit zur Vorbereitung zu kurz war. Bei Traktandum 6 ist der zuständige Stadtrat zur Zeit in den Ferien.

## Traktandum 1      **Ersatzwahl in die Verwaltungskommission EWS für den Rest der Legislaturperiode 2005-2008**

---

### **Dr. Paul Bösch (OeBS)**

Nach dem Ausscheiden von Edgar Mittler (FDP) aus dem grossen Stadtrat wurde diese Wahl nötig.

Folgende Vorschläge erfolgen:

**Martin Egger (FDP):**

„Der FDP/JFDP-Fraktion ist es weiterhin ein Bedürfnis, dass die finanzpolitischen Anliegen in der EWS Verwaltungskommission gebührend vertreten werden und schlägt Ihnen Dr. Raphaël Rohner (FDP) als Nachfolger des zurückgetretenen Edgar Mittler vor. Dr. Raphaël Rohner hat in der Vergangenheit mit diversen Voten und Vorstössen seine Kompetenz in finanzpolitischen Fragen unter Beweis gestellt. Die FDP/JFDP ist überzeugt, Ihnen einen valablen Kandidaten zu präsentieren und bittet um Ihre Unterstützung.“

**Urs Tanner (SP):**

„Es ist mir wichtig zu betonen, dass Dr. Raphaël Rohner ein fähiger Kandidat für die VK wäre. Aus folgenden zwei Gründen kann die SP aber den Anspruch der FDP/JFDP nicht unterstützen:

Die FDP/JFDP-Fraktion besteht aus 11, die SP/AL-Fraktion aus 17 Köpfen. Der nach dem Austritt der CVP aus der FDP/JFDP-Fraktion von Alfons Cadario neu erstellte und vom Büro des GrSR genehmigte Verteilschlüssel der Spezialkommissionen des GrSR spricht unserer Fraktion klar 2 Sitze zu, der FDP 1 Sitz. Ein Fakt, der leider in der rechten Seite mit der Abwahl von Willi Hefti und meiner Person aus der VK nie akzeptiert wurde. Warum der Verteilschlüssel nicht umgesetzt werden soll, leuchtet uns nicht ein. Er widerspricht jeder mathematisch-politischen Logik. Auch heute treten wir gegen den Anspruch der FDP/JFDP mit 2 männlichen Vertretern in der VK, und wir mit 1 Vertreter an.

Es freut uns, mit Christa Flückiger eine gescheite SP-Frau mit Power, viel Berufs- und Lebenserfahrung zu präsentieren. Es würde der VK gut anstehen, ihr Gremium durch eine Frau zu ergänzen und dem mathematisch-feministischer Anspruch der SP/AL-Fraktion zu entsprechen. „

Es erfolgen keine weiteren Vorschläge.

**Erster Wahlgang**

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	43
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	43
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	1
Zahl der gültigen Stimmen	42
Absolutes Mehr: 42 : 2 = 21 aufgerundet	22

Es haben Stimmen erhalten:

Christa Flückiger (SP)	21 Stimmen
Dr. Raphaël Rohner (FDP)	21 Stimmen.

Keine Kandidatin und kein Kandidat haben das absolute Mehr erreicht, daher erfolgt ein zweiter Wahlgang.

**Zweiter Wahlgang**

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	43
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	43
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	0

Zahl der gültigen Stimmen	43
Absolutes Mehr: $43 : 2 = 21,5$ aufgerundet	22

Es haben Stimmen erhalten:

Dr. Raphaël Rohner	22 Stimmen
Christa Flückiger	21 Stimmen

**Dr. Raphaël Rohner (FDP) ist mit 22 Stimmen gewählt.**

**Das Geschäft ist erledigt.**

## **Traktandum 2      Interpellation Mitglieder der ständigen Kommission für soziale Belange: Arbeit statt Rente**

**Thomas Hauser (FDP)**

**Begründung**

"Im Namen eines grossen Teils der Mitglieder der ständigen Kommission für soziale Belange darf ich Ihnen die traktandierte Interpellation begründen.

Die fünfte IV-Revision ist vollzogen und wird umgesetzt. Im Vorfeld gehörte Schlagworte wie Arbeit statt Rente, oder etwas humaner ausgedrückt Eingliederung vor Rente, Scheininvalidität oder Bekämpfung des Missbrauchs der Institution IV sollten einerseits realisiert oder andererseits aus der Welt geräumt werden.

Aber nach Abschluss dieser Revisionsarbeiten stellt sich nun die Frage: Können die Ideen umgesetzt und die gesteckten Ziele der vermehrten Integration erreicht werden?

Diese Fragen haben uns auch in der Kommission für soziale Belange beschäftigt, denn im Zusammenhang mit der Forderung *Eingliederung vor Rente* stellt man fest, dass etwas Derartiges schnell gesagt ist. Ob es aber funktioniert, steht auf einem anderen Blatt. Wenn wir bedenken, dass Arbeitgeber mit dem neuen Gesetz verpflichtet werden können, behinderte Menschen mit einem Invaliditätsgrad von mindestens 25 Prozent oder durch andere Integrationsmassnahmen zu beschäftigen, muss man sich ernsthaft fragen, ob in der Stadt Schaffhausen entsprechende Angebote oder Stellen vorhanden sind.

Das ist deshalb der Inhalt der ersten Frage. Sind in der Stadt Schaffhausen entsprechende Arbeitsplätze vorhanden; das heisst, entspricht der Arbeitsmarkt den Intentionen der IV-Revision? Im Zeichen der Globalisierung oder im Zeichen von Kostensenkungsmassnahmen in Betrieben werden und wurden verschiedene Arbeitsplätze der unteren Kategorien ins Ausland transferiert. Arbeitsplätze, die man jetzt im Umfeld der fünften IV-Revision besetzen könnte. Bei der letzten Baurechtsvergabe in diesem Rat, wurde mehrmals auf neue Arbeitsplätze des unteren Segments hingewiesen. Ob diese Arbeitsplätze der IV-Revision entsprechen, weiss ich nicht. Sind aber diese Arbeiten für die Menschen mit einer Behinderung ausführbar, ist das erstens gut und zweitens in Zukunft bei Baurechtsvergaben vielleicht förderungsfähig. Wie auch immer, wenn sich auf Grund des Arbeitsmarktes die Absichten der fünften IV-Revision realisieren lassen, ist alles in Ordnung. Sollte dem allerdings jetzt, in naher wie ferner Zukunft nicht so sein, ist an sich klar, wer für die ehemaligen IV-Rentner aufkommen muss, nämlich die kommunale Fürsorge. Und das kann ja nicht der Sinn der Übung sein. Böse gesagt, vielleicht aus Sicht übergeordneter Stellen schon.

Diesem Zusammenhang entspringt die zweite Frage der Interpellation: Hat diese IV-Revision Auswirkungen auf die Zahl der Personen, die von der städtischen Fürsorge abhängig sind und werden?

Vor allem scheint es uns aber sehr wichtig, dass die Fragen 1 und 2 in der Öffentlichkeit diskutiert werden, damit gerade im Bereich der Arbeitsplätze Gewerbe- und Industriebetriebe darauf aufmerksam gemacht werden können, was die IV-Revision verlangt.

Das ist mitunter ein Grund für das Einreichen dieser Interpellation; eine öffentliche Diskussion, die dank der Medien nach aussen getragen wird. Nur mit geschützten Werkstätten und allenfalls vielleicht der Stiftung Impuls (ich weiss das nicht) machen wir in diesem Bereich keinen Staat.

Im Vorfeld der fünften IV-Revision wurde im Departement von Bundesrat Blocher das Wort *Scheininvalid* kreiert und ins Vokabular der Sozialpolitik aufgenommen. Dieser Ausdruck tönt sehr hart und löst bei mir ein ambivalentes Gefühl aus. Einerseits fragt man sich, gibt es diesen Missbrauch wirklich? Und wenn es ein Departementsvorsteher im Bundeshaus so sagt, muss ja wohl etwas daran sein. Gäbe es andererseits diese Art von IV-Renten-Bezügern nicht, stellt sich die Frage, warum dieser Ausdruck so formuliert wurde.

Eine klärende Antwort auf diese komplexe Frage erhält man auf die Stadt Schaffhausen bezogen nur, wenn man hier in aller Öffentlichkeit die entsprechende Frage stellt.

Gleichzeitig muss man sich auch fragen, welche Auswirkungen das Wort *Scheininvalid* auf allfällig mögliche neue IV-Renten-Bezüger haben kann. Wird mit solchen Personen in Zukunft restriktiver umgegangen, und findet der Prozess Eingliederung vor Rente statt, oder wird sich dies als Bumerang für die kommunalen Sozialämter entpuppen? Ein Bumerang kommt im Normalfall zum Werfer zurück. Man kann ihn aber so in den Wind setzen, dass er wohl zurückkommt, aber seitlich leicht verschoben. Das heisst: Die IV-Stelle wirft, die kommunalen Sozialämter lesen auf. Das kann dann ja auch wieder nicht der Sinn der Übung sein.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die fünfte IV-Revision ist aus kommunaler Sicht mit reichlich Fragen behaftet. Wenn alles im Sinne der Erfinder rund läuft, dann ist alles in Ordnung und den Erschaffern ist zu gratulieren. Sollte aber das Gegenteil der Fall sein, warte ich gespannt auf die entsprechende Diskussion hier im Saal. Vorerst danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und danke dem Stadtrat im Namen der Vertreter der ständigen Kommission für soziale Belange im Voraus für die Beantwortung der drei Fragen. "

### **SR Thomas Feurer**

### **Stellungnahme aus SR**

"Ich danke dem Interpellanten für die Begründung seiner Interpellation und den Mitunterzeichnenden für ihr Interesse an einer Problematik, die in der allgemeinen Sanierungsdiskussion um die Invalidenversicherung unterzugehen droht.

Ich möchte betonen, dass es bei meinen nachfolgenden Erläuterungen nicht darum geht, eine IV-Revision als solches zu kritisieren. Selbstverständlich kann nicht hingenommen werden, dass eine Sozialversicherung jährlich Milliardenverluste schreibt und dazu erst noch eine jährliche Steigerungsrate der Defizite im

zweistelligen Prozentbereich verzeichnet. Die IV gefährdet sich nämlich nicht nur selbst, sondern sie wird aufgrund der gesetzlich geregelten Defizitabdeckung durch die AHV mittelfristig zu einer echten Gefahr für das andere wichtige Sozialwerk der Schweiz. Die Bemühungen um eine finanziell tragbare und zukunftsfähige IV sind deshalb im Grundsatz zu begrüßen.

Ich bin auch froh, dass ich mit der Interpellationsantwort des Stadtrates öffentlich zu einem Thema Stellung nehmen kann, das eigentlich jeden Steuerzahlenden in einer Stadt oder einer Gemeinde - und das sind wir alle, auch unsere National- und Ständeräte - interessieren müsste. Ich meine damit die Folgen einer Sparübung auf die nachgelagerten Systeme, die in einer offenen, intelligenten Diskussion eigentlich nicht untergehen dürfen. Meine Stellungnahme ist also auch als Diskussionsbeitrag der Fürsorge- oder Sozialhilfereferenten einer Schweizer Stadt zu verstehen, die alle unter den gleichen Entwicklungen leiden.

Um Ihnen das Umfeld zu verdeutlichen, stelle ich meinen Ausführungen noch ein paar Zahlen voran, die in der Euphorie über den Wirtschaftsaufschwung gerne untergehen, nicht zuletzt, weil sie natürlich sehr viel unattraktiver sind. Die Schweiz verzeichnet rund 150'000 Arbeitslose, diese Zahl geht im Moment leicht zurück. Daneben sind fast gleich viele arbeitsfähige Menschen von der Sozialhilfe abhängig und erscheinen nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik. Dazu kommen sicher noch einmal 50'000 bis 100'000 Teilrentenempfangende bei der IV. Das gibt ein Total von 350'000 bis 400'000 Personen, die mindestens teilweise erwerbstätig sein könnten und nicht im Arbeitsprozess stehen, beziehungsweise keiner Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt nachgehen. Dieser Zahl standen am Ende des letzten Jahres nicht einmal 9'000 offene Stellen gegenüber. Die wirtschaftliche Erholung wird zwar zu einer Entlastung führen, unser Problem ist aber längst kein konjunkturelles mehr, sondern ein strukturelles. Die Arbeit ist nämlich gar nicht mehr im Land, die ein Grossteil der Jobsuchenden machen könnte. Der manuelle Werkplatz Schweiz ist ausserhalb des Gewerbes und einiger innovativer KMU praktisch verschwunden. Diese Entwicklung setzte schon vor langer Zeit ein und akzentuierte sich zunehmend. Die Sozialhilfestatistik zeigt dazu eine interessante Kurve. Alle Konjunkturaufschwünge der letzten dreissig Jahre haben bei ihr lediglich zu einer Ausgabenstabilisierung geführt, um beim nächsten Abschwung irreversibel eine weitere Treppenstufe nach oben zu gehen. Die Ausgabenrückgänge betrafen ausschliesslich die Arbeitslosenversicherung, während die IV naturgemäss auf ihrem steigenden Rentenplafond sitzen blieb.

Realistisch und nüchtern betrachtet, hat also das Trio Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe die Kosten der Veränderungen am Arbeitsmarkt zu tragen. Da alle drei an ihre Leistungsgrenzen gestossen sind, versuchen sie die Risiken anders zu verteilen. Die Arbeitslosenversicherung mit einer Verkürzung der Rahmenfristen - positive Volksabstimmung im Jahr 2001 - und die IV mit einem eigentlichen Paradigmenwechsel bei den Rentenentscheiden. Wer glaubt, dass mit diesen verständlichen Schritten zur Ausgabeneindämmung Stellen geschaffen werden, ist allerdings blauäugig. Es kommt nämlich infolge der fehlenden Stellenangebote sofort zu einer Verlagerung zum letzten Glied innerhalb des Trios, zur Sozialhilfe. Wir können diese Auswirkungen anhand unserer sehr genauen Erhebungen in den Schweizer Städten und auch in der Sozialhilfe der Stadt Schaffhausen nachweisen. Die Mitglieder der Kommission für Sozialbelange, aus denen sich auch die Interpellanten rekrutieren, werden von mir regelmässig und monatsaktuell über die Sozialhilfeausgaben und -einnahmen informiert.



Damit leite ich zum Kern der Interpellation über, die die momentanen Sanierungsbemühungen bei der IV betrifft.

Der Nationalrat hat sich anlässlich der Frühjahrssession eingehend mit dem Thema befasst. Der Ständerat hat als Zweitrat in seiner kürzlichen Sommersession die Revision ebenfalls diskutiert und immerhin zusätzliche Sicherungen in Bezug auf die berufliche Integration eingebaut. So sollen Arbeitgeber mit Anreizen für eine Beibehaltung der Arbeitsverhältnisse gewonnen werden, da der Weiterbeschäftigung mit Recht eine höhere Integrationswirkung als dem beruflichen Ausstieg und den Umschulungsprogrammen eingeräumt wird.

Ausserdem hat der Ständerat die maximale Bearbeitungsdauer für Rentenentscheide auf ein Jahr verkürzt. Beide Entscheide des Ständerats sind aus Sicht der nachgelagerten Systeme zwar positiv zu werten. Wir werden sehen, was im Differenzbereinigungsverfahren davon übrig bleibt.

Trotzdem war und ist auch jetzt die zentrale Botschaft, dass die positiven Rentenentscheide nach unten gedrückt werden müssten, und gute Erfahrungen mit den neuen Entscheidkriterien gemacht wurden. Erstmals seit vielen Jahren konnte damit eine deutliche Abflachung bei den Neurenten erzielt werden. Das tönt natürlich gut, man weiss also, wo und wie man ansetzen soll. Gleichzeitig wird die dringende Diskussion über die sowieso nötige Zusatzfinanzierung der IV ausgesetzt, was den Druck auf die Rentenentscheide zusätzlich erhöht. Die Sozialversicherungsämter sprechen denn auch von einem eigentlichen Paradigmenwechsel, der den Zugang zu einer IV-Rente erheblich erschwert hat. Bruno Bischof vom SVA Schaffhausen hat den Mitgliedern der Kommission für Sozialbelange die Zahlen für den Kanton Schaffhausen vorgelegt. Sie sprechen eine deutliche Sprache. Allerdings sagen auch sie nicht, wie viele negative Entscheide angefochten worden sind. Schweizweit geht man aber von mehr als 20'000 Rekursen oder bis zu 40% der Entscheide aus, die Richter und Anwälte noch lange beschäftigen werden. In Bezug auf die Gerichtsentscheide wird auch die Frage der Rechtsungleichheit eine Rolle spielen, da mit dem Paradigmenwechsel eine solche in der Luft liegt. Heute hat ein Klient oder eine Klientin mit dem gleichen Befund eine ganz andere Perspektive, als in den Jahren zuvor. Konkret werden vor allem psychische Leiden oder Suchtkrankheiten kaum mehr berücksichtigt, ein Umstand, auf den zum Beispiel die Chefärztekonzferenz der psychiatrischen Kliniken mit einem deutlichen Vorstoss in Bern reagierte. Das Thema wird uns auch unter diesem Aspekt noch länger beschäftigen, und ich werde unter dem Titel *Scheininvalid* gerne nochmals darauf eingehen.

Die Sozialhilfeausgaben 2005 der Stadt Schaffhausen sprechen für sich. Darauf nimmt auch unser Kommentar bei den drei Kontostellen der Sozialhilfe Bezug. Während wir dank gutem Kostenmanagement und einer engen Begleitung unserer Klientschaft und Arbeitsangeboten die Bruttoausgaben mit einem Minus von 11% im Griff hatten und auch im schweizerischen Kontext positiv auffielen, mussten wir bei den Rückerstattungen einen eigentlichen Einbruch verzeichnen. Daraus resultierte ein Nettoausgabenwachstum von 13%. Die Analyse hat gezeigt, dass praktisch das ganze Delta auf tiefere Rückerstattungsquoten durch das Sozialversicherungsamt zurückzuführen ist. Sie hat weiter gezeigt, dass auch bei der Annahme, dass das SVA mit den hängigen Fällen über den Berg ist, und wir nicht mehr mit Rückerstattungen von alten Pendenzen rechnen können, wenigstens der ganze Anstieg der Sozialhilfeausgaben gegenüber dem Jahr 2004 auf den Paradigmenwechsel entfällt. Das heisst also, dass sich die IV auf Kosten der

Sozialhilfe saniert und der Eindruck kaum haltbar ist, dass die Sanierung zu einer Verhaltensänderung oder Zurückhaltung bei potenziellen Rentenbezügerinnen und -bezügern geführt hat. Und noch weniger wahrscheinlich ist es, dass die Leute, die früher eine Rente bekamen, mit den heutigen Entscheidungskriterien wieder arbeiten würden. Im Gegenteil. Sie haben ein bis drei Jahre auf den Entscheid gewartet, natürlich bevorsusst durch die Sozialhilfe und mit ärztlich attestierter Arbeitsunfähigkeit. Jetzt stehen sie mit einem negativen Entscheid da und sind von uns kaum mehr motivierbar. Es sind unsere schwierigsten Klienten und Klientinnen, die unsere Betreuenden auf dem Amt und in der Stiftung massiv fordern. Wenn schon, müssten die IV-Abklärungen viel früher mit einem Reintegrationsprogramm flankiert werden, damit die vorhandenen Ressourcen der Leute nicht verloren gehen.

Damit komme ich zur **ersten Frage** der Interpellation, die den Arbeitsmarkt auf die IV-Intentionen zum Inhalt hat. Ich kann sie nur mit **Nein** beantworten. Für diese Klientschaft gibt es schlicht keine Arbeit im ersten Arbeitsmarkt. Selbst die Stiftung Impuls hat grösste Mühe, Leute mit negativen IV-Entscheiden in die Strukturen einzubinden. Die Luft ist draussen, und ein Aufbauprogramm müsste sehr professionell und entsprechend kostspielig sein. Ausserdem müsste es - wie eben erwähnt - bereits in die IV-Abklärungen eingebaut sein.

Die **zweite Frage** kann ich klar mit **Ja** beantworten. Selbstverständlich werden alle bevorsusteten Klientinnen und Klienten, die jetzt einen negativen Entscheid erhalten, weiterhin von der Sozialhilfe abhängig sein. Unsere Mehrausgaben innert Jahresfrist sind identisch mit den Kosten, die durch den Paradigmenwechsel zu Lasten der Sozialhilfe verursacht werden. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass sich die Sozialhilfe immer mehr zu einem neuen zusätzlichen *Rentengefäss* entwickelt, was eigentlich ihrem subsidiären Charakter widerspricht. Eigentlich heisst ihr Auftrag immer noch offiziell: Personen zu helfen, die vorübergehend in Not geraten sind. In diesem Zusammenhang möchte ich folgende Zahl erwähnen: Wenn wir die Personen quasi in der Sozialhilfe "in Rente halten", ist die Chance, dass ihre Nachkommen, das heisst ihre Kinder, ebenso in das System Sozialhilfe einsteigen, bis zu Faktor fünfmal höher, als bei Personen, die nicht in solchen System "beheimatet" sind.

In der **dritten Frage** werden die **Scheininvaliden** angesprochen, die die Diskussion um die Finanzierungsprobleme der IV wie eine dunkle Wolke begleitet haben.

Ich habe meine eigene Ansicht über diese Diagnose, die eben auch eine *Scheindiagnose* ist. Auch wenn kaum bestritten ist, dass es Leute gibt, die es auf eine Zukunft an der breiten IV-Schulter abgesehen haben, hilft dieser Ausdruck zur Lösung des eigentlichen Problems nicht weiter. Im Gegenteil. Er stigmatisiert auf der einen Seite alle anderen Rentenempfangenden, die diese zu Recht erhalten. Auf der anderen Seite verkennt er auch, dass die heutige Arbeitswelt erheblich andere Voraussetzungen und viel mehr Engagement von ihren Mitarbeitenden verlangt als früher.

Auch wenn es Invalide gibt, die eigentlich arbeiten könnten, würde sie kein Arbeitgeber einstellen, weil sich heute auf jede Stelle 100 bis 150 Leute bewerben, und davon einige auch bereit sind, mehr als 100% zu geben.

Fakt ist, dass wir heute Personen in jedem Alter haben, die aufgrund ihrer intellektuellen Fähigkeiten, psychischen oder manuellen Handicaps vielleicht nur 50 bis 80% des geforderten Einsatzes bringen, oder die eine so schlechte Qualifikation

samt Sprachdefiziten haben, dass man sie auch nirgends will.

Ich rufe Ihnen gerne die realen Zahlen auf dem Arbeitsmarkt, die ich Ihnen am Anfang präsentiert habe, in Erinnerung, damit klar wird, dass es in unserem "Haus der Schweiz" Verlierer gibt und geben muss. Wenn man also mit dem Wort *Scheininvalid* operiert, wäre ich froh, wenn auch Lösungen für das Manko an Arbeitsplätzen angeboten würden.

Wie gehen wir mit diesen Zehntausenden von Personen um, die offensichtlich keine Perspektive mehr haben?

Das ist die zentrale Frage, die uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Ich sage Ihnen aus meiner 10jährigen Erfahrung als Sozialreferent heute Abend Folgendes sehr eindringlich: Perspektivlosigkeit ist das schlimmste Übel. Und am Schlimmsten ist sie für Junge. Aus ihr kommt keine Regung, kein Mut und keine Initiative. Um ihr entgegen zu wirken, ist enorm viel Kreativität gefordert und eigentlich sollten wir - und das gilt vor allem für Politikerinnen und Politiker - jeden Entscheid, den wir fällen, auf sein Perspektivlosigkeitspotential prüfen. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass **Diskussion** gewünscht wird.

### **Iren Eichenberger (OeBS)**

### **Votum**

"Thomas Feuerer hat Klartext und mir sehr aus dem Herzen gesprochen. Bezeichnenderweise wird die 5. IV-Revision mit ihren Verschärfungen bereits seit 2 Jahren in der Praxis angewendet, obwohl sie eben erst im Parlament diskutiert und beschlossen wurde. Es wurde quasi präventiv vollzogen und bereits umgesetzt, was später Gesetz werden soll. Das Ziel ist klar: 20% weniger Neurenten. In 2004/2005 hat man bereits die stolze Zahl von 18% weniger erreicht. Wesentlich zu wissen ist überdies, dass neu gesprochenen Renten meistens Viertelrenten sind, welche für Familien kaum ausreichen. Nicht alle IV-Rentenberechtigten können auch gleichzeitig Ergänzungsleistungen beantragen. Was dann passiert, ist logisch. Die Sozialhilfe muss einspringen.

Im Alltag ist der Druck, die Existenzangst und der Stress für die Betroffenen erheblich. Ich finde es daher absolut zynisch, wenn heute von *Scheininvaliden* gesprochen wird. Das ist eine Kreation aus dem Bundeshaus, Sie haben den Absender gehört, und entspricht der Realität dieser Menschen in keiner Weise. Fast alle haben eine Karriere von Krankheit, Jobverlust und den Gang auf das Sozialamt hinter sich, was alles andere als eine attraktive Karriere bedeutet. Auf diesem langen Leidensweg wurden viele Bewerbungen eingereicht, Absagen eingesteckt, Amtstermine erfüllt und auf jeder Stelle mehrfach und immer wieder die gleichen Fragen auf anderen Fragebogen beantwortet. Hier zeigt sich auch die Schwäche unseres Systems. Diese Menschen würden ein solches Leben, geprägt von Unsicherheit und Frustration, liebend gerne gegen jeden Job eintauschen, auch wenn er nicht gut bezahlt wäre.

Die oben beschriebene Karriere von IV-Anwärtern zeigt diese Systemschwäche besonders ausgeprägt. Im Zeitraum von 1 bis 2 Jahren befassen sich durchaus 4 bis 5 Arbeitsstellen mit der betroffenen Person, der administrative Aufwand ist enorm. Man stellt sich die Frage, wie sinnvoll dies ist. Das Prozedere selbst ist für den Antragstellenden oft nicht durchschaubar, die Formulare müssen meistens mit Hilfe von zusätzlichen Beratungsstellen ausgefüllt werden. Es braucht aber auch

Motivationsarbeit, denn viele sind ausgelaugt und gesundheitlich wirklich angeschlagen.

Kurz, das ganze Sozialversicherungssystem ist unsinnig, schreit geradezu nach Änderungen und nicht nach Abbau zulasten der Betroffenen. Es ist, wie wenn ein Patient von Arzt zu Arzt geschoben würde und jedesmal die gleichen Untersuchungen über sich ergehen lassen müsste.

Dies müssten auch die Kantone und die Gemeinden erkennen, welche für die Existenzsicherung der Betroffenen aufkommen müssen. Konsequenterweise müssten sie "wie eine Wand" gegen diese Reform aufstehen, wie seinerzeit gegen die Reform der Bundessteuer, die ebenfalls zum Nachteil der Kantone und Kommunen verlaufen sollte.

Es ist tatsächlich eine Kalamität, die auf uns zukommt, und ich kann die Aussagen von Thomas Feurer nur bestätigen. Die Lösungsansätze sind bescheiden. Das Ganze läuft unter dem Begriff "Paradigmenwechsel".

Was wir besonders beachten müssen, ist die fatale Tatsache, die Thomas Feurer bereits erklärte, dass Armut erblich ist und einen Faktor darstellt, welcher der Gesellschaft noch nicht genügend bewusst ist. Es erscheint mir sehr wichtig, dass wir dies - vielleicht auch am Stammtisch - in der Gesellschaft "streuen", als Gegenmotto zum Thema *Scheininvaliden*.

### **Urs Tanner (SP)**

### **Votum**

"Ich ergreife das Wort in dieser Diskussion, weil ich als einziges Mitglied der Sozialhilfekommission diese Interpellation bewusst nicht unterschrieben habe, und zwar wegen Frage 3.

Die Fragen 1 und 2 sind meines Erachtens berechtigt. Ich kann das Unwort *Scheininvaliden* oder *Scheininvaliden* weder direkt noch indirekt unterstützen. Das vom Justizminister geprägte Unwort ist ein absoluter Unsinn. Entweder hat eine Person *gesetzlichen* Anspruch oder nicht. Dies sollte der Wissenschaft und den Gerichten überlassen werden und eben nicht der Politik.

Ein faires Verfahren sollte sicherstellen, dass nicht "beschissen" wird. Ändert sich der Gesundheitszustand einer IV-Bezügerin oder eines IV-Bezügers oder kommt eine Revision der Gesetzgebung zum Tragen, kann der Anspruch auf ein Viertel, die Hälfte oder auf Null heruntergefahren werden. Thomas Hauser hat den Begriff *Scheininvaliden* als ambivalent bezeichnet. Er tröstet sich allerdings damit, dass - wenn eben Justizminister Blocher dies sage - wohl etwas daran sein müsse. Dieser Meinung kann ich nicht folgen. Wenn die Exekutive einfach Judikative spielt, wird die Argumentationsschiene auch nicht unbedingt besser.

SR Thomas Feurer sagt sehr viel Richtiges, nur Richtiges, aber auch wenig Mutiges und wenig Neues. Das ist nur bedingt das Verschulden von Thomas Feurer. Das Bermudadreieck *Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und IV-Gesetzgebung* liegt ausserhalb des städtischen Einflussbereiches. Da können wir nichts machen. Ich danke Thomas Hauser und Iren Eichenberger für die sensible Abhandlung des Begriffs *Scheininvaliden*. In diesem Sinne hätte ich es unterschreiben können, aber nicht so, wie es in der Interpellation steht.

Was mir fehlt, ist eben das Neue und Mutige. Thomas Feurer stellte uns die Fakten sehr detailliert vor, aber mir fehlt ein Engagement von Seiten der Stadt Schaffhausen, die vielleicht gemeinsam mit der Wirtschaft an einem grossen Tisch etwas "anschieben" oder selbst Nischenarbeitsplätze anbieten könnte, die zur einer Integration führen würden. „

**SR Thomas Feurer****Stellungnahme zu Voten**

"Wenn ich sage, dass wir gegenüber 2004/2005 knapp Fr. 600'000.-- mehr Geld ausgegeben haben, so ist dies aufgrund des Paradigmenwechsels eingetreten. Die von Iren Eichenberger erwähnten Viertelsrenten fallen bei der nächsten IV-Revision weg, das heisst, dass dieser Personenkreis dann auch nicht mehr bei *altra* arbeiten kann und somit zur Sozialhilfe kommt. Die *altra* ist die viertgrösste Firma im Kanton und leistet neben der Stiftung *Impuls* grosse Unterstützung.

Zum Votum von Urs Tanner möchte ich Folgendes bemerken: Ich bin schon etwas erschrocken über die in den Raum gestellte Aussage, dass wenig Mutiges komme. Die Stadt Schaffhausen muss in diesem Kanton alles selbst übernehmen, keine andere Gemeinde bietet Unterstützung. Die Stiftung *Impuls* ist eine Erfindung von mir und hat schweizweit Aufsehen erregt. Aber wir sind verglichen mit den heutigen IV-Verhältnissen "arme Kirchenmäuse". Wir versuchen sehr engagiert, in Schaffhausen vieles zu bewegen und vor allem auch *Öffentlichkeit* herzustellen. Aber niemand hörte bisher zu. Jetzt liegt wenigstens eine Interpellation vor, welche endlich eine öffentliche Diskussion ermöglicht, weil ich diese nach 3 Jahren wieder einmal verlangt habe. In diesem Rat und in der Öffentlichkeit herrscht zu diesem Thema absolutes Stillschweigen. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen bei Kanton und Bund haben wir glückliche Verhältnisse, indem im Stiftungsrat der Stiftung *Impuls* die Arbeitslosenversicherungsvertreter, beziehungsweise der Chef des Arbeitsamtes und der Chef des Sozialversicherungssamtes integriert sind und eine offene Gesprächskultur gepflegt wird. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit funktioniert allerdings trotzdem ungenügend, weil die hinter diesen Institutionen stehenden "Zahlmeister" alles versuchen, um sich möglichst schadlos zu halten. Ich wiederhole an dieser Stelle gerne nochmals meinen Wunsch, dass in der breiten Öffentlichkeit darüber diskutiert wird und signalisiere meine Bereitschaft dafür. "

**Iren Eichenberger (OeBS)****Votum**

"Der Vorwurf von Urs Tanner schreit geradezu nach einer Antwort. Thomas Feurer hat ihn auch zurückgewiesen und die Zusammenarbeit mit der Stiftung *Impuls* aufgezeigt. Schaffhausen hat also Ideen, und zwar sehr kreative und erfolgreiche.

Die wirklichen Versager sitzen im nationalen Parlament, der Paradigmenwechsel wurde dort kreierte. Es hat durchaus eine Diskussion stattgefunden, wie diese Belastungen in Zukunft verteilt werden sollen. Die Wirtschaftsvertreter haben es geschafft, sich in dieser Diskussion schadlos zu halten und sich geweigert, verbindliche Quoten zur Beschäftigung von Behinderten zuzusagen oder zum Beispiel eine Lösung mit einem Ausgleichsfonds zu schaffen. Es ist auch klar, dass die defizitäre IV ihr Problem nicht einfach stehen lassen kann. Eine *gemeinsame* Lösung muss gefunden werden. Die Problematik weist eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen der Schadstoffreduktion der Luft auf. Wenn wir dort ein Ziel erreichen wollen, muss eine verbindliche CO<sub>2</sub>-Abgabe festgelegt werden, sonst erreichen wir gar nichts. "

**Christoph Lenz (AL)****Votum**

"Grosse Abgründe haben sich aufgrund der Ausführungen und der Präsentation des Zahlenmaterial von SR Thomas Feurer aufgetan. Es scheint mir, dass wir uns mit der Diskussion dieser Interpellation im Kreise drehen, weil wir zurzeit die nationale Politik kommentieren. Ich hätte mir von dieser Interpellation als Hauptgegenstand erhofft, dass wir nicht einfach nur konstatieren, sondern als Parlament agieren oder zumindest vom Stadtrat Hinweise für weitere Lösungsansätze erhalten. Der Stadtrat scheint den Arbeitsmarkt als gegebene Grösse zu betrachten, was nicht unbedingt so sein muss. Ich glaube, Thomas Hauser hat dem SR einen Steilpass mit der Möglichkeit, durch Baurechtsvergaben niederschwellige Arbeitsplätze zu unterstützen, zugespielt. Ich hätte mir erhofft, dass SR Thomas Feurer zu dieser möglichen Perspektive Stellung nimmt. "

**SR Thomas Feurer****Stellungnahme**

"Aufgrund der in der letzten Zeit mit der Vergabe von Baurechten gemachten Erfahrung, werden vermehrt Arbeiten durch Billigarbeiter aus dem Ausland erledigt. Die Schaffung von niederschweligen Arbeitsplätzen durch Baurechte erscheint mir sehr heikel und nur schwer kontrollierbar.

Seitens der Stadt haben wir Nischenarbeitsplätze für Teilinvalide geschaffen. Aber wenn ich den immer höher werdenden Druck und die Forderungen auf dem Arbeitsmarkt berücksichtige und gleichzeitig miteinbeziehe, welche Auswahlmöglichkeiten die Arbeitgeber mit unzähligen Bewerbungen auf *eine* freie Stelle haben, komme ich zur Überzeugung, dass Vorschriften diesbezüglich von Seiten des Bundes erlassen werden müssen, wie das der Ständerat vorgeschlagen hat, mit Anreizen an Arbeitgeber durch finanzielle Entlastungen in Form von zum Beispiel Teillohnentschädigungen anstelle einer Entlassung und Eingliederung in die IV.

Die Kommunen werden viel zu spät mit den Betroffenen konfrontiert, nämlich erst nach 2 bis 3 Jahren Wartezeit auf einen IV-Entscheid. Wir können nichts mehr machen. Ein guter, allerdings kostenintensiver Ansatz wäre, eine entsprechende Begleitung dieser Personen zu professionalisieren, in der Stiftung *Impuls* eine Umschulung anzubieten, die den Betroffenen zur Zeit nicht zum richtigen Zeitpunkt angeboten wird, und ganz spezifische Outplacement-Programme durchzuführen. Aber zu einem erfolgreichen Outplacement gehören am Schluss eben wieder Arbeitsplätze, welche nicht vorhanden sind. Es ist eine extrem komplexe Materie. Wenn es gelingt, dass diese Problematik in den Köpfen der Leute eingebaut wird und die Bevölkerung bewegt, ist für heute schon das Optimum erreicht. "

**Peter Neukomm (SP)****Votum**

"Wie viele solche Nischenarbeitsplätze gibt es in Schaffhausen und ist geplant, diese auszubauen?"

**SR Thomas Feurer****Stellungnahme**

"Ich kann es nicht genau sagen. Vor einigen Jahren sind alle Referate aufgefordert worden, vom Personaldienst diese Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Es wurde in die nicht vorhandene Infrastruktur, wie zum Beispiel rollstuhlgängige Toiletten und entsprechend eingerichtete Zugänge, investiert. In meinem Referat waren es 2 Arbeitsplätze, für die anderen Referate kann ich keine Aussage machen. Bezüglich

Ausbau: Im Moment geht es darum, die aktuelle Situation zu halten. “

**Theres Brambrink (FDP)**

**Votum**

”In der Kommission für soziale Belange haben wir darüber diskutiert, dass viele Produkte zur Fertigstellung ins Ausland verschickt werden, weil die Lohnkosten in der Schweiz zu hoch sind. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass diese Arbeiten mit entsprechender staatlicher Unterstützung in der Schweiz erledigt werden. Unter dem Strich würde es vom finanziellen Standpunkt her wahrscheinlich günstiger kommen, diese Menschen zu beschäftigen und ihre psychische Verfassung zu verbessern. In der Diskussion mit Thomas Feurer hat sich ergeben, dass hier natürlich auch die Wirtschaft gefordert wäre. “

**SR Thomas Feurer**

**Stellungnahme**

”Wenn ich vorher von der Stiftung *Impuls* als “arme Kirchenmaus” im Vergleich zu *altra* gesprochen habe, bewegt sich *altra* sehr flexibel am Markt: Zum Beispiel werden die technisch hochkomplexen Ticketautomaten der SBB mit touchscreen in der *altra* hergestellt. Die Alternative war, diese Automaten in Polen herzustellen. Dies könnten wir in der Stiftung *Impuls* nie wagen, sonst würde sofort der Aufschrei, wir konkurrenzieren damit die freie Wirtschaft, ertönen. Die *altra* macht viel bessere Arbeit wie die Stiftung *Impuls*, wo beispielsweise alte Computer rezykliert werden, weil nur sehr eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten seitens der Kommune vorhanden sind. Das sind einfach Tatsachen. “

**Thomas Hauser (FDP)**

**Schlusswort des Interpellanten**

”SR Veronika Heller spricht oft von der Quadratur des Kreises. Hier sind wir wahrscheinlich bei einem ähnlichen Thema: Dass die marode Finanzsituation der IV saniert werden muss, ist für alle klar. Aber niemand will, dass dies auf Kosten der Sozialämter stattfindet. Dass Arbeitsplätze wegrationalisiert und Strukturbereinigungen vorgenommen werden, ist der Wunsch von gewissen Kreisen. Wie bringt man aber dies alles zusammen? Es erscheint tatsächlich als Quadratur des Kreises. Die heute im Rat geführte Diskussion und die ausführlichen Antworten von SR Thomas Feurer waren sehr ernüchternd. Die erste Frage “Hat es genügend Arbeitsplätze?” wurde mit einem klaren “Nein”, die zweite “Kommen diese Personen zur Fürsorge?” mit einem “Ja” beantwortet. Wenn jetzt der Inhalt der Stellungnahme von SR Thomas Feurer und die verschiedenen Voten von Christoph Lenz oder Theres Brambrink via Presse “zum Fenster” hinausgesprochen werden, erreichen wir wenigstens dadurch eine Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit. Das ist zwar nicht allzu viel, aber wenigstens etwas und entspricht dem Sinn der Interpellation. Danke für die Diskussion und die Antworten, schaffen Sie Arbeitsplätze, eventuell auch mit Baurechtsverträgen. “

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Traktandum 4      Interpellation Christa Flückiger (SP): Schliessung von städtischen Kindergärten**

**Christa Flückiger (SP)**

**Begründung**

”Wenn wir in den nächsten Minuten über die Schliessung von Kindergärten diskutieren, sprechen wir zwangsläufig auch über die gesetzlichen Vorgaben

betreffend Klassengrössen, von Schülerzahlen und Auflagen, die durch die heutigen gegebenen Fakten unakzeptabel und völlig theoretisch auf einem Blatt Papier geschrieben sind.

Gesetzlich vorgeschrieben heisst, dass das ED Klassen bis zu 22 Kindern erlaubt. Warum gerade die Zahl 22? Ich glaube, ganz genau kann dies niemand begründen. Ich denke, rein finanziell wirkt sich die Zahl 22 am effizientesten aus. Aber hier wird SR Urs Hunziker uns sicher noch genauer Auskunft geben können.

Interessant scheint mir aber die Tatsache, dass man auch in der Ethnologie nachlesen kann, dass es Völkerstämme gibt, die nicht mehr als 16 Mitglieder aufweisen. Wird diese Zahl überschritten, wird ein neuer Stamm gebildet. Weshalb? Diese Völker haben bemerkt, dass sie bei einer Überzahl den Bedürfnissen ihrer Mitmenschen nicht mehr gerecht werden können.

Sogar in der Erwachsenenbildung kommt man zum Schluss, dass eine Gruppe mit mehr als 16 Personen nicht mehr optimal begleitet werden kann, trotz der Erkenntnis, dass erwachsene Leute eine freie Entscheidung in Sachen Bildung treffen und jederzeit den Ausstieg vollziehen können. Der Kindergarten ist aber die einzige Bildungsinstitution, bei der absolut keine Vorselektion stattfindet.

Die Kindergärtnerin steht vor der grossen Herausforderung, jedes Kind dort abzuholen, wo es steht, zu sehen, wo es Unterstützung und Hilfe braucht, wo seine Stärken, aber auch Schwächen liegen und muss dann entsprechend eingreifen. Schon hier stösst man auf schier unlösbare Probleme, denn mit der Einführung der Blockzeiten wird der Gruppenunterricht, d.h. Separatunterricht für Erst- und Zweitklässler, um einen Viertel gestrichen. Je ein Mittag pro Woche kann sie mit der einen oder anderen Gruppe arbeiten, einzelne Kindergärten setzen für die Zweitklässler zwei Nachmittage ein, wobei dies für die Erstklässler bedeutet, an wirklich nur einem Mittag den Kindergarten gruppenspezifisch besuchen zu können. Die Restzeit hat die Lehrkraft alle Kinder zu betreuen, wobei das Wort *betreuen* bei den jetzt bestehenden Klassengrössen auch als *hüten* ausgelegt werden könnte. Denn von 08.20 bis 11.45 Uhr können so kleine Kinder in so grossen Gruppen wohl kaum von nur einer Lehrkraft optimal gefördert und dem Lehrplan entsprechend ausgebildet werden.

Wir wissen um die hohe Anzahl fremdsprachiger Kinder, welche mit ihrem Eintritt in den Kindergarten erstmals mit unserer Landessprache konfrontiert werden. Hinzu kommen verschiedene kulturelle Aspekte, die es nicht immer möglich machen, im Besitze der hiesigen Regeln und erhofften Grundkenntnisse zu sein.

Aber nicht nur fremder und bildungsferner Hintergrund erschweren die Arbeit der Kindergärtnerinnen, auch die „wohlstandsverarmten Kinder“, die vielen Einzelkinder und Kinder aus verschiedenen Familienformen gilt es abzuholen. Sozialkompetenz wird vielen Kindern leider erst im Kindergarten vermittelt.

Im Weiteren sprechen wir alle von der integrativen Unterrichtsform im Zusammenhang mit dem neuen Schulgesetz. Das Grundschuljahr steht ebenfalls auf dem Programm. Auch wenn dies noch seine Zeit braucht, es sind bereits Themen, und wir müssen in die Zukunft schauen. Die Umsetzungen sehe ich bei grossen Klassen ernsthaft gefährdet und in einem Desaster endend. Anscheinend erkennt man beim ED die Probleme und meint, dass mit zusätzlichen Fachpersonen zur Unterstützung der Kindergärtnerinnen mehrheitlich allen geholfen sei. Teamteaching



kann für zwei Mal zwei Stunden pro Woche angefordert werden, auch der Beizug einer Berufspraktikantin, frisch ausgebildete Kindergärtnerinnen ohne Stelle, kann beantragt werden. Doch diese fallen für das kommende Schuljahr aus, da keine Klasse in diesem Jahr abschliesst. Heilpädagoginnen, Deutschlehrerinnen und Logopädinnen sind gefragter denn je. Nun ist es aber so, dass mit der Schliessung eines Kindergartens die Anzahl Stundenpensen der Heilpädagoginnen gekürzt werden, was zur Folge hat, dass diese zur Schulstufe wechseln, weil dort aufgestockt werden muss, und die Fachpersonen so zu ihrem Stundenpensum kommen.

Dies wiederum bedeutet für den Kindergarten fehlende Fachleute, besorgniserregend insofern, als man heute weiss, dass Bildung bereits beim Kleinkind beginnen muss. Man sollte dort aufstocken, wo schon viel Zeit verloren ging. Man müsste nun endlich begreifen, dass enorme Kosten im höheren Bereich gespart werden könnten, und jetzt zur Einsicht kommen, dass, je tiefer wir mit Investitionen beginnen, umso geringer die Kosten im höheren Bereich ausfallen würden.

Zur Zeit sieht die Realität so aus, dass Heilpädagoginnen in der Schulstufe ein 100% Pensum mit 6 Klassen erhalten, hingegen im Kindergarten mit 12 Klassen für ein 100% Pensum gearbeitet werden muss. Ausgerechnet die Institution Kindergarten soll immer kostenneutral laufen. Kein anderer Bereich der Bildung funktioniert so. Für die Kindergärtnerin gehört es zum Amtsauftrag, mit all diesen Leuten Austausch über jedes Kind zu halten. Man kann sich unschwer vorstellen, was dies auch an administrativer Zusatzarbeit von den Lehrpersonen abverlangt. Die Kindergärtnerin ist somit immer weniger beim Kind. Auch dies ein wesentlicher Teil, welcher dem eigentlichen Berufsbild und Auftrag einer Kindergärtnerin abgeht, nämlich die individuelle Förderung des Kindes.

Ich möchte Ihnen einfach durch meine Argumente beweisen, dass wir gut daran tun, uns ernsthaft mit diesem Problem zu befassen und als Gemeinde Wege zu weisen, einer Misere entgegenzuwirken, aus der wir uns, dies ist meine tiefste Überzeugung, nicht mehr zu wehren wissen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Einführung der Flexibilität bezüglich Kinderzahlen im Kindergarten sich positiv auf ein ganzes Paket von bereits bestehenden Problemen auswirken könnte. So ist zum Beispiel auch der Sparanteil bei der Schliessung von Kindergärten relativ klein, während die Folgekosten sehr hoch ausfallen.

Wir wissen, dass in den kommenden Jahren die Schülerzahl sinken wird. Bereits wurde eine weitere Kindergartenschliessung in unserer Stadt für das nächste Jahr angekündigt, eventuelle Entlassungen sind nicht ausgeschlossen. Wir haben aber die Chance, als eigene Gemeinde verantwortungsbewusst zum Wohle unserer Kinder zu handeln und auf eigene Kosten bei Bedarf, zum Beispiel aus soziokulturellen Aspekten, auch einmal Klassen mit weniger Schülerinnen und Schülern laufen zu lassen.

Für den Standort Schaffhausen wäre dies ein Schlagwort, das sich positiv auf die Ansiedlung von jungen Familien auswirken könnte. Aufmerksam zu machen, indem wir in Sachen Chancengleichheit für alle einen Pluspunkt aufweisen können, würde bestimmt Nachhaltigkeit erbringen und zusätzlich verhindern, dass sich Familien, welche sich mit der jetzigen Situation schwer tun, das Quartier oder gar die Stadt

verlassen würden. Denn dies ist nicht zu unterschätzen. Es machen sich auch Stimmen bemerkbar, welche über die Situation in den Kindergärten keinesfalls erfreut sind und zum Wohle ihrer Kinder einen anderen Wohnort in Erwägung ziehen.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer-Gysel schreibt, dass laut Gesetz in der Stadt Schaffhausen weitere vier Kindergärten geschlossen werden könnten, und die Stadt ihrem Auftrag immer noch gerecht würde. Dies, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht einmal denken, wollen wir in Zukunft unsere Kindergärtnerinnen und Kindergärtner nicht noch vor eine grössere Belastung setzen oder gar verlieren. Alle üben ihren Beruf mit viel Enthusiasmus und bestem Wissen und Gewissen aus. Wir sind es ihnen schuldig, dass sie die Freude daran nicht verlieren, denn es dient unseren Kindern und Kindeskindern, unserer Gesellschaft von Morgen.

Wenn wir für Bildung sind, und dies sind oft Schlagwörter von Rechts und Links, müssen wir auch Verantwortung tragen und dort investieren, wo wir die Möglichkeiten durchaus haben, und wo sie von Nutzen sind. Wagen wir ein Investment und zeigen Mut zur Ausführung eines Projektes, das von sich reden machen wird.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel nennen, welches die Effizienz kleiner Kindergartenklassen eindrücklich unterstreicht. So konnte im Sandlöchliquartier eine Klasse mit nur 16 Schülerinnen und Schülern geführt werden. Dank dieser sinnvollen Entscheidung ist es gelungen, dass zwei Drittel dieser Kinder in die Regelklasse eintreten können. Die Kindergärtnerinnen (und nicht nur diese) sind der festen Überzeugung, dass dies nur dank der niedrigen Schülerzahl gelingen konnte. Auch im Quartier wurde dieser Entscheid sehr positiv aufgenommen, denn nur dank der niedrigen Schülerzahl konnten die Bedürfnisse von jedem Kind abgedeckt werden.

Es ist uns allen bewusst, dass wir nicht immer nur kleine Klassen haben werden. Doch im Hinblick auf die sinkenden Kinderzahlen wird sich dies von alleine geben. Hier sehe ich und hoffentlich auch Sie, dass genügend Ressourcen für eine sinnvolle Investition vorhanden sein werden. Diese gilt es ausnahmslos auszuschöpfen, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Und zum Schluss noch eine ganz persönliche Meinung.

Die Stadt Schaffhausen verfügt nun bereits in verschiedenen Quartieren über sehr schöne, moderne und den neusten Anforderungen entsprechenden Kindergärten. Glauben Sie mir, dies alleine genügt nicht. Alles muss stimmen, damit wir endlich den hohen Folgekosten in der Volksschule entgegen wirken können. Dies wird uns garantiert gelingen, wenn wir die Chance wahrnehmen und in den Kindergärten Qualität statt Quantität einsetzen. Alle erwähnten Argumente verlangen nach einer Stellungnahme durch den Stadtrat. Durch dieses Paket an Bedenken und Besorgnis sind meine Fragen in der Interpellation entstanden.

Ich bin nun sehr auf die Antwort des Stadtrates gespannt und würde mich über eine hoffentlich angeregte Diskussion freuen. "

#### **SR Urs Hunziker**

#### **Stellungnahme SR**

"Die Schliessung einer Kindergartenabteilung an der Munothalde auf den Beginn des Schuljahres 2006/2007 und die Schliessung von vier Kindergartenabteilungen in den Vorjahren (Hanfpünt 02/03, Eschengut 03/04, Buchthalen 04/05, Kreuzgut 05/06) ist der Auslöser für die Interpellation von Grosstadträtin Christa Flückiger.

Bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage (Nr. 16/2005) von Christa Flückiger vor einem Jahr haben wir aufgezeigt und auch in einer Tabelle transparent dargestellt, dass die Schliessung und Eröffnung von Kindergärten und Schulklassen in der Stadt Schaffhausen ein routinemässiger Vorgang ist. Schon immer wurde in der Stadt auf die demografische Entwicklung in den Quartieren namentlich bei den kleinen Kindern, denen kein überlanger Schulweg zugemutet werden kann, rasch reagiert. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die wechselvolle Geschichte und das Geschick des Kindergartens Seewadel oder diejenige des Kindergartens an der Munothalde.

Mit der jüngsten Schliessung wird die durchschnittliche Kinderzahl pro Klasse in der Stadt Schaffhausen nicht steigen, sie bleibt etwa stabil. Mit der Schliessung reagiert der Stadtschulrat auf den leichten Rückgang der Anzahl Kindergartenkinder und setzt eine Vorgabe des Erziehungsdepartements um. Es wurde eine Abteilung an der Munothalde ausgewählt, weil dort am wenigsten Kinder angemeldet waren, und weil die Raumgrösse der drei schräg übereinander liegenden Kindergärten aus heutiger Sicht nicht optimal ist. Eine Kindergartenschliessung ist zwar einerseits ein normaler Vorgang, bringt aber andererseits für die betroffenen Kinder, deren Eltern/Erziehende und die Kindergärtnerinnen trotzdem eine grosse Unsicherheit und Umtriebe mit sich. Dieser Tatsache ist sich der Stadtrat und der Stadtschulrat durchaus bewusst und versichert, dass mit Kindergartenschliessungen so sorgfältig und transparent wie möglich umgegangen wird.

Die Situation wurde in den letzten Jahren durch die Sparbeschlüsse des Kantons etwas verschärft. Im ersten der zwei Beschlüsse (ESH I) wird explizit die Bewirtschaftung der Klassen in der Stadt Schaffhausen gefordert. Unter Bewirtschaftung versteht der Kanton das Erreichen einer durchschnittlichen Klassengrösse in den Kindergärten von mindestens 19 Kindern. In der Stadt wurde dieser Zielwert in den letzten fünf Jahren immer leicht unterschritten. Eine weitere Leitplanke bildet die "Bewilligungspraxis für die Lektionenzuteilung am Kindergarten und an der Volksschule" (RRB vom 22. Januar 2002). Darin ist festgelegt, dass ein Vollpensum im Kindergarten bei einer Klassengrösse zwischen 16 und 22 Lernenden gegeben wird. Der Zielwert von 19 liegt genau im arithmetischen Mittel und ist sowohl für den Stadtrat als auch für den Stadtschulrat akzeptabel. Mit dem vom Kanton akzeptierten Unterschreiten der angestrebten Klassengrösse und mit dem gezielten Einsatz von Teamteaching-Lektionen in belasteten Kindergärten wird auf die von der Interpellantin angesprochene wachsende Heterogenität unbürokratisch und angemessen reagiert.

Das von Christa Flückiger angesprochene neue Bildungs- und Schulgesetz ist noch nicht beschlossen. Es wird mutmasslich einige Neuerungen mit sich bringen, die im Kindergarten wirksam werden. Erwähnt seien das frühere Eintrittsalter und die flächendeckende integrative Schulung der Kinder. Namentlich Zweiteres wird zu einem neuen sonderpädagogischen Konzept führen, dessen Inhalt heute noch nicht bekannt ist. Es wird aber sicher zur Senkung beim Einsatz der Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, allenfalls auch zu einer Änderung der maximalen Klassengrösse führen. Für den Stadtrat ist klar, dass dann reagiert und in der Stadt die Umsetzung des neuen Konzeptes zügig an die Hand genommen werden muss.

Der Stadtrat teilt die Auffassung der Interpellantin, wonach ein gutes Bildungsangebot ein wesentlicher Eckpfeiler des Wohnortmarketings ist. Familien mit Kindern anzusiedeln war und ist ein erklärtes Ziel der stadträtlichen Politik.

Gleichzeitig müssen aber die Finanzen im Auge behalten werden.

Die Klassengrössen sind für alle Stufen der Volksschule im kantonalen Schuldekret (§ 10, Abs. 1 - 3) geregelt. Eine generelle Senkung der maximalen Klassengrössen müsste folglich im Schuldekret erfolgen. Stadtrat und Stadtschulrat können diese Grenzwerte nicht beeinflussen. Es könnten höchstens zusätzliche Stellen aus eigenen städtischen Mitteln finanziert werden, was der Stadtrat zum heutigen Zeitpunkt nicht für notwendig und auch nicht für opportun hält.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen im Zusammenhang mit der Schliessung einer Kindergartenabteilung wie folgt:

*1. Ist der Stadtrat gewillt, die Klassengrössen unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Aspekte zu reduzieren?*

Für eine Reduktion der Klassengrössen besteht aus der Sicht des Stadtrates kein Anlass. Er erachtet die weiter oben erwähnten zielgerichteten Massnahmen in einzelnen Kindergärten als wirkungsvoller.

*2. Könnte er sich vorstellen, bei Schwankungen der Schülerzahlen zurückhaltend und nicht umgehend mit Schliessungen von Abteilungen zu reagieren?*

Seit einigen Jahren ist in der Stadt ein kontinuierlicher Rückgang der in den Kindergarten eintretenden Kinder zu verzeichnen. Zwischen den Jahren 1996 und 2006 sanken die Zahlen in jeweils beiden Kindergartenjahren von 691 auf 517 Kinder, was einem Rückgang von 25% entspricht. Auf diese unerfreuliche Tendenz reagiert der Stadtschulrat in Absprache mit dem Erziehungsdepartement mit der Schliessung von Kindergärten. Sollte sich in Zukunft ein Wachstum der Kinderzahlen einstellen, was Stadtrat und Stadtschulrat natürlich hoffen, würde in die andere Richtung genauso schnell reagiert. Kleine Schwankungen in den Quartieren haben hingegen weder eine Schliessung, noch die Eröffnung einer Kindergartenabteilung zur Folge.

*3. Wir gehen davon aus, dass kleinere Klassengrössen zu Qualitätssteigerungen auf der Kindergartenstufe führen, und dass damit die Folgekosten im höheren Segment sinken. Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser Folgerung?*

Der Stadtrat ist mit der Interpellantin einig, dass zwischen der Klassengrösse und der Qualität ein Zusammenhang besteht. Die Klassengrösse ist jedoch nur einer unter mehreren Indikatoren. Die Grösse und Ausgestaltung der Räume, die weiter oben erwähnten Unterstützungsmassnahmen im Einzelfall, die gute und immer wieder aktualisierte Ausbildung der Lehrpersonen, die unterstützende Haltung der Eltern und Erziehungsberechtigten und die Qualität der familienergänzenden Betreuungsmassnahmen sind weitere wichtige Voraussetzungen für eine gute Unterrichtsqualität.

Der Stadtrat ist der Auffassung, dass der Kindergarten als Teil der Volksschule nicht isoliert betrachtet werden kann. Die von der Interpellantin angesprochene und gewünschte Qualitätssteigerung kann nur dann erreicht werden, wenn auf allen Schulstufen auf die sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten reagiert wird. Hier ist vor allem der Kanton gefordert, welcher in anerkennenswerter Art eine Neuschaffung respektive Totalrevision von Bildungs- und Schulgesetz an die Hand genommen hat. So weit heute absehbar, sind darin einige der durch die Interpellantin angesprochenen Neuerungen (Anerkennung von Belastungsfaktoren bei der Bemessung der Schülerpauschale) enthalten.

*4. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass durch Einsparungen im Bereich Fördermassnahmen und Kleinklassen die Verkleinerung von Kindergartenklassen kostenneutral gestaltet werden könnte?*

Der Stadtrat verweist auf die Schulgesetzrevision und die Schaffung eines Bildungsgesetzes, welche zur Zeit im Gange ist. Darin postuliert ist die flächendeckende Einführung von ISF (integrative Schulform) in der Volksschule des Kantons Schaffhausen. Falls der Kantonsrat und allenfalls die Stimmberechtigten dieser Neuerung zustimmen, wird es im Bereich individuelle Fördermassnahmen und Sonderklassen zu Einsparungen kommen. Die eingesparten Mittel sollen namentlich in Stellen für schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen investiert werden. Ob in diesem Zusammenhang auch eine generelle Verkleinerung der Klassen im Kindergarten realisiert wird, ist offen, aber wahrscheinlich. Das neue sonderpädagogische Konzept, welches zur Zeit ausgearbeitet wird, wird bei dieser Frage Klarheit schaffen.

#### **Schlussbemerkungen:**

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Unterrichtssituation in einzelnen städtischen Kindergärten sehr schwierig ist. Er würdigt auch den grossen und wirkungsvollen Einsatz der Kindergärtnerinnen und des Kindergärtners. Der Stadtrat ist in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat und dem Kindergarteninspektorat weiterhin bereit, in besonders belasteten Kindergärten rasch und unbürokratisch Unterstützungsmassnahmen zu realisieren. Dafür ist auch im Budget 2007 ein Betrag vorgesehen. Weiterhin wird beabsichtigt, die Neuerungen und Massnahmen, welche das neue Bildungs- und Schulgesetz bringen wird und im Sinne der Interpellantin sind, in der Stadt Schaffhausen rasch umzusetzen.

Ich möchte wie folgt auf einige **Bemerkungen** im Votum der Interpellantin Stellung nehmen:

Christa Flückiger hat die Klassengrösse 22 erwähnt und sich gefragt, wie wohl diese Zahl zustande gekommen sein mag. Das ED hat - wenn ich mich richtig erinnere - im Jahr 2003 die Klassenzahl generell gesenkt, praktisch zeitgleich hat der Kanton Zürich seine Klassenzahl erhöht.

Im Zusammenhang mit der ISF ist eine Senkung der Klassengrösse wahrscheinlich. Diese Schulform wird bereits seit etlichen Jahren im Steingut Schulhaus durchgeführt, wo wir mit Erlaubnis des Kantons in tieferen Klassengrössen unterrichten.

Christa Flückiger hat ebenso gesagt, dass die Anzahl Stunden der Heilpädagoginnen aufgrund der Schliessung dieser Kindergartenabteilungen gesenkt wurde. Ich kann Sie beruhigen, der Kanton ist uns entgegengekommen, wir mussten die Anzahl Stunden der Heilpädagoginnen nicht senken.

Des Weiteren hat Christa Flückiger von einer weiteren für nächstes Jahr geplanten Kindergartenschliessung gesprochen. Geplant ist ganz sicher keine Schliessung, es ist auch nichts vorgesehen. Aufgrund der jetzt verfügbaren Zahlen können wir zurzeit abschätzen, wie viele Kinder neu in den Kindergarten eintreten werden, wissen aber noch nicht, wie viele Kinder tatsächlich in die erste Klasse oder in die Einschulungsklassen eingeteilt und allenfalls zurückgestellt werden. Aus unserer Sicht haben wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Schliessung geplant.

Die Interpellantin schilderte, wie eine 16er Abteilung eines Kindergartens die

Einschulung erfolgreicher wie vielleicht andere Kindergartenabteilungen geschafft hat. Sie sehen damit, dass wir kleinere Kindergartenabteilungen haben, es wird auch im kommenden Jahr wieder solche geben. Wir können dies nicht einfach gleichsetzen mit der Aufrechterhaltung der Kindergartenabteilungen. Hätten wir jetzt die Abteilung Munothalde aufrecht erhalten, wäre dies nicht zwingend mit der von der Interpellantin gewünschten qualitativen Verbesserung des Bildungsangebotes im Kindergarten einhergegangen. Der Grund dafür ist, dass wir von möglichst kurzen Schulwegen, vor allem für Kindergartenkinder, ausgehen. Deshalb bedeutet es nicht unbedingt, dass die Kindergärten mit den kleinsten Klassenzahlen auch diejenigen mit den geringsten Belastungsfaktoren sind. Leider ist oft genau das Gegenteil der Fall. Wir versuchen, möglichst rasch und unbürokratisch zu reagieren. Bisher haben wir immer auf Unterstützung des Erziehungsdepartementes zählen können. “

**Katrin Hauser-Lauber (FDP)**

**Votum**

”Über die Parlamentsdiskussion der Kindergartenschliessungen bin ich eigentlich froh. Eine Klassenzusammenlegung ist unter den Betroffenen, aber auch im weiteren Umfeld immer mit ungunstigen Gefühlen begleitet. Das war schon immer so und wird wohl auch so bleiben.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen meine Überlegungen darlegen und erhoffe mir damit, dass ich Ihnen einen weiterführenden Denkanstoss geben kann.

Als Mitglied des Stadtschulrates bin ich immer wieder mit den Umsetzungen der kantonalen Vorgaben im Schulwesen konfrontiert. Das natürlich auch im Bewusstsein, dass die Voraussetzungen und die Bedingungen in der Stadt als grösste Gemeinde nicht immer mit kleineren Gemeinden im Einklang sind. Ich habe mir deshalb schon vermehrt Gedanken zu den Kindergartenschliessungen, aber auch zu den Klassenzusammenlegungen auf anderen Stufen gemacht.

Ich möchte auch, wie sicher wir alle, eine bestmögliche Förderung unserer Kinder und Jugendlichen unterstützen. Es stellt sich hier aber für mich die Frage, ob die Senkung der Schülerzahlen wirklich das optimale Mittel für eine qualitativ gute und auch für eine individuelle Förderung unserer Schüler ist. Sicher, eine Senkung der Schülerzahlen kann die Unterrichtsqualität in den Klassen unterstützen. Nicht zuletzt auch, weil dadurch die Lehrpersonen entlastet werden können. Mit dem Weitblick zur Integration, das heisst mit der Auflösung der Sonderklassen, muss gleichzeitig auch eine Senkung der Schülerzahlen in den Klassen angestrebt werden.

Nach meinem kurzen „Tour d’horizon“ möchte ich nun zur Kindergarten-Stufe kommen. Diese Schulstufe steht in unserer Diskussion im Vordergrund und liegt auch mir sehr am Herzen. Wie ich eingangs erwähnt habe, kann ich Christa Flückiger mit ihren Fragestellungen betreffend der Aufhebung von Kindergartenabteilungen verstehen. Dass tiefere Schülerzahlen im Kindergarten auch einen positiven Einfluss auf die Kindergartenführung haben können, möchte ich - wie gesagt - nicht absprechen. Das könnte wirklich so sein. Ich wähle aber ganz bewusst die *Kann*-Formulierung, weil es aus meiner Sicht noch eine andere Seite gibt. Die Klassengrösse beeinflusst für mich nur vordergründig die Unterrichtsqualität an der Kindergartenstufe. Diese hängt nämlich viel stärker einerseits von der Zusammensetzung einzelner Klassen und andererseits von den Kindergärtnerinnen selber ab.

Die Massnahme, von allfällig erneuten Schliessungen abzusehen, würde dem

Wunsch nach einer Qualitätssteigerung an allen Städtischen Kindergärten nicht tiefgründig genug nachkommen. Das aus folgenden Gründen:

Die letzten Kindergartenschliessungen mit den Abteilungen in Buchthalen, Kreuzgut, Eschengut, Hanfpünt und an der Munothalde haben gezeigt, dass sich die Zusammenlegungen in Quartieren mit weniger Fremdsprachenanteilen eher aufdrängen. Bei einer Weiterführung dieser Abteilungen hätte man die Kinder nur ansatzweise von anderen Quartieren mit hohen Klassengrössen verschieben können. Die Einteilungen werden dadurch noch schwieriger, zumal der Stadtschulrat an den Quartierkindergärten festhalten möchte. Es sollte aus pädagogischen Überlegungen heraus auch weiterhin möglich sein, dass unsere Kindergartenkinder selbständig ihren Chindsgiweg im eigenen Wohnquartier bewältigen können.

Ich bin wie die Interpellantin auch der Meinung, dass mit Schliessungen an der Kindergartenstufe nicht gespart werden darf. (Anmerkung der Redaktion: Keine Kindergartenschliessungen zur *Kostensenkung*).

Eine Kindergartenschliessung in einem Quartier mit weniger Kindern sollte vielmehr die Chancengleichheit aller städtischen Kindergärten unterstützen.

Eigentlich müssten dann die Gelder, die durch eine Schliessung eingespart werden, punktuell an allen städtischen Kindergartenabteilungen eingesetzt werden. Für mich heisst das, dass die Pensen der heilpädagogischen Kindergärtnerinnen, die unterschiedlich in den einzelnen Kindergartenabteilungen arbeiten und die unsere Kindergärtnerinnen in ihrer Arbeit unterstützen, überdenkt werden müssen. Das Pensum der heilpädagogischen Kindergärtnerinnen wird vom Kanton mit einem Schlüssel gemäss der Kindergartenabteilungen berechnet. Bis anhin werden für 12 Kindergartenabteilungen ein 100%-Pensum für eine heilpädagogische Unterstützung berechnet. Mit der Schliessung hätte eigentlich das Pensum für diese wertvolle und wichtige Arbeit herabgesetzt werden müssen. Erziehungsdepartement und Stadtschulrat wurden sich aber in dieser Frage einig. Das heilpädagogische Pensum bleibt trotz tieferen Schülerzahlen auch für das nächste Schuljahr gleich. Die Notwendigkeit dieser Fachunterstützung ist erkannt, und hier dürfen nicht weitere Einsparungen getätigt werden. Im Gegenteil, eine Aufstockung dieser wichtigen Fachpersonen müsste gerade in der Stadt in Betracht gezogen werden.

Wenn wir hier im Parlament über städtische Mehrausgaben im Zusammenhang mit einer individuellen Förderung und einer guten Kindergartenqualität in allen Abteilungen diskutieren, kann ich nur im Zusammenhang mit den Pensen der Fachlehrerinnen am Kindergarten mitdiskutieren. Eine Erhöhung dieser Pensen käme viel mehr einer Entlastung und einer Unterstützung der Kindergärtnerinnen und dem Kindergärtner gleich. Auf diesem Weg könnten gute Bedingungen und eine Qualitätssteigerung an allen städtischen Kindergärten besser erreicht werden. Ein solcher Schritt mit eigentlich dem gleichen Ziel, wie sich das Christa Flückiger wünscht, müsste angegangen werden. "

**Martin Roost (OeBS, parteilos)**

**Votum**

"Eigentlich möchte ich zum Thema Kindergarten nicht viel sagen, vielmehr aber zu dem vom Stadtrat angesprochenen Wohnortmarketing, Familien mit Kindern anzusiedeln und zur ebenso oft angesprochenen Schulraum- und Kindergartenplanung, die dringend Zukunftsvisionen aufzeigen soll. Wenn ein Erstrealschüler von der Breite ins Alpenblickschulhaus gehen muss, hat er über Mittag genau 10 Minuten Zeit zum Essen, da jeder Weg rund eine halbe Stunde

dauert. Gleichzeitig stehen in der Altstadt Schaffhausen 2 Schulhäuser leer.

Ich sehe hier einen sehr grossen Handlungsbedarf und weiss auch, dass die erwähnte Schulraumplanung in Vorbereitung ist. Viele Wegzuger aus Schaffhausen haben wirklich die Nase voll, weil sie nicht wollen, dass ihre Kinder nach einem Schultag voller Probleme und Frustrationen in den Bus steigen müssen, wo Eskalationen vorprogrammiert sind. Das grösste Quartier der Stadt Schaffhausen hat immer noch keine Orientierungsschule. “

**Käthi Tanner-Winzeler (SP)**

**Votum**

”Ich kann mich der Begründung der Interpellation von Christa Flückiger sehr anschliessen, möchte jedoch nicht auf die einzelnen Argumente eingehen. Mein Dank geht auch an Katrin Hauser für ihr engagiertes Votum. Es hat mich ebenso sehr gefreut, dass die Zusammenarbeit mit dem ED positiv verläuft und versucht wird, auszuhandeln. Ich kann den SR und den Schulreferenten dabei nur unterstützen und ermuntern, falls diese gute Zusammenarbeit einmal nicht zustande käme, genau zu prüfen, was die Stadt Schaffhausen zu einer Verbesserung der Situation beitragen kann, und ob ein Kindergarten geschlossen werden soll. Die Aussage von SR Urs Hunziker, dass der Kindergarten nicht als isolierte Stufe betrachtet wird, hat mich sehr gefreut. Ich schliesse mich dieser Meinung an und wünsche mir auch das Gleiche für die Schule. Zur Zeit arbeite ich am sonderpädagogischen Konzept mit und werde das Gehörte sehr gerne mitnehmen und mich für tiefere Klassengrössen einsetzen, das verspreche ich Ihnen hier. “

**Christoph Schlatter (SP)**

**Votum**

”Meiner Meinung nach benötigt der Kindergarten eine starke Lobby, und ich möchte die Gründe dafür kurz darlegen. Christa Flückiger hat bereits erwähnt, dass sich die Familienstrukturen und das Umfeld in den letzten Jahren sehr verändert haben. Oftmals ist der Kindergarten der erste Ort, wo Kinder lernen, sich selbstkompetente und soziale Fähigkeiten anzueignen. Wenn wir diesen Moment verpassen, ergeben sich daraus grosse Probleme, über die ich im Zusammenhang mit dem Thema Tagesschulen bereits berichtet habe. Wenn wir dem Kindergarten nicht die nötige Wertschätzung entgegenbringen, müssen wir dies später in der Berufslehre ausbaden, vielfach mit Gewalttätigkeiten, nicht zuhören und nicht miteinander umgehen können. Diese Fähigkeiten müssen sich Kinder im Kindergarten aneignen können. Deshalb finde ich es sehr wichtig, dass wir den Kindergarten fördern und dort nicht sparen. Der Sozialreferent hat darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau vererbbar ist. Das Fatale an der ganzen Sache ist, dass dies kein Problem intellektuellen Ursprunges, sondern ein soziales ist und dann entsteht, wenn der Kindergarten keine Chancengleichheit herstellen kann. “

**Christian Hablützel (SP)**

**Votum**

”Ich möchte den Stadtrat und den Stadtschulrat auffordern, neben den ökonomischen Indikatoren vor allem auch die sozialen Indikatoren in ihre Betrachtung miteinzubeziehen. Reichtum ist vererbbar, Armut auch. Das erste Votum von SR Thomas Feurer hat gezeigt, dass die Zeitbombe in den sozialen Indikatoren liegt.

Wenn ich höre, dass von 16 Kindergartenschülern drei Viertel in die Regelklasse kommen, ist das eher ein Horror für mich. Sagen Sie mir, was das für ein Erfolg sein



soll? Wenn wir in Zukunft nichts unternehmen - und ich werde vielleicht die von mir angedachte Interpellation bezüglich „Bussing“ wieder aufgreifen - und Überlegungen anstellen, wie es uns in unseren kulturellen Kontexten gelingt, in Zukunft Chancengleichheit nicht über Heilpädagogik, sondern über die Mischung von Kindern aus bildungsfernen und bildungsnahen Milieus herzustellen, kommen wir nicht weiter. In der ganzen Debatte habe ich von diesen Themen nichts gehört. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Sie diese mitnehmen und in zukünftige Diskussionen einbauen werden. Eine wirkliche Lösung des Problems habe ich allerdings auch nicht.“

**Dr. Raphaël Rohner (FDP)**

**Votum**

„Die Bildungspolitik hat sehr wohl eine Antwort auf die von Christian Hablützel aufgeworfenen Fragen, die tatsächlich ernsthaft zu überprüfen sind. Käthi Tanner hat bereits in ihrem Votum darauf hingewiesen. Wir sind im Kanton daran, das Thema Integration neu aufzugleisen. Das gesamte Paket der sonderpädagogischen Massnahmen wird genau analysiert und auswärtige Experten einer Fachhochschule werden zugezogen. Ich bin überzeugt, dass zusammen mit Praktikerinnen und Praktikern aus den Schaffhauser Schulen und aus der Bildungsverwaltung ein gutes Ergebnis resultieren wird.“

Das Thema der Chancengleichheit im schweizerischen Bildungssystem ist als Problem anerkannt. Das Projekt „HarmoS“ der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz spricht ganz klar von einer neuen schulischen Eingangsstufe: Kindergarten bis anhin und danach Regelschule sollen neu definiert werden. Die Ostschweizer Kantone haben bezüglich einer neu definierten Basis- und Grundstufe gemeinsam beschlossen, Schulversuche durchzuführen. Es haben sich mittlerweile 21 Kantone an dem unter Federführung der EDK-Ost stehenden Projekt beteiligt. Es wird eine grosse Evaluation durchgeführt und das Ziel angestrebt, Antworten zur Frage der frühen Erfassung von Kindern aus bildungsfernen Schichten und damit des Bietens von Chancengleichheit, die in der weiteren Bildungslaufbahn auch zu einer Angleichung der Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf ihre Berufsausbildung führen, aufzeigen. Das scheint mir ein sehr wichtiger Aspekt zu sein, den es zu berücksichtigen gilt. Die Kantone und auch die Bildungsverwaltungen in den grösseren Gemeinden und Städten haben erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Man ist in diesem Zusammenhang daran, zu definieren, welches die Rahmenbedingungen in dieser neuen schulischen Eingangsstufe sein werden. Dazu gehören die Klassengrösse, das Unterrichtspensum und die schulische Heilpädagogik.

Anschliessend wird es wiederum Sache der Politik sein, sich für einen Weg zu entscheiden. Wenn das neue Schulkonkordat, das zur Zeit in der Vernehmlassung bei den Kantonen unter dem Titel „HarmoS“ liegt, auf Akzeptanz stösst und bei den Kantonen ratifiziert wird, wird entsprechend auch die Umsetzung angesetzt werden. Ich bin sehr zuversichtlich, auf dem richtigen Weg zu sein.“

**SR Urs Hunziker**

**Stellungnahme**

„Ich nehme gerne noch zu einigen Voten Stellung:

*Martin Roost* hat die Schulraumplanung angesprochen. Ich verweise darauf, dass aus schulischer Sicht die Arbeit abgeschlossen ist. Wir haben sämtliche Schaffhauser Schulhäuser erfasst und den Handlungsbedarf ermittelt, damit von

einer qualitativen Schulraumentwicklung gesprochen werden kann, zum Beispiel mit der Einrichtung von Medienzimmern, von Neben- und Gruppenräumen und Möglichkeiten für Tagesbetreuung und Tagesschulen. Es sind erste Gedanken in Form eines "Puzzles" gemacht worden, welche Stufen in welchen Schulhäusern untergebracht werden sollen. Eine der ganz grossen Fragen stellt sich im Zusammenhang mit dem Breitequartier, wäre dort allenfalls eine Orientierungsstufe angebracht, soll in Buchthalen weiterhin eine Sekundarschule, aber keine Realschule angeboten werden und im Alpenblick umgekehrt. Mit dem Verantwortlichen des Hochbauamtes wird zur Zeit abgeklärt, welche Massnahmen zur Umsetzung dieser Schulraumplanung erforderlich sind und wie diese Massnahmen priorisiert werden können. Wir haben unseren Teil der Hausaufgaben abgeschlossen.

*Christoph Schlatter* hat darauf hingewiesen, dass der Kindergarten eine Lobby brauche. Die Schule braucht sie allerdings auch. Am liebsten wäre mir eine Lobby möglichst aller Eltern, um ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen.

*Christian Hablützel* hat auf die Sozialindikatoren hingewiesen, insbesondere darauf, dass viele Kinder den Schritt in die erste Regelklasse nicht machen können. Vor allem dieses Jahr war es besonders in der Stadt Schaffhausen erschreckend, wie viele Kinder dies nicht geschafft haben. Erstaunlicherweise läuft diese Häufung von Kindern, die diesen Schritt nicht schaffen, nicht zwingend parallel zu Quartieren mit spezifischer soziodemografischer Zusammensetzung. Wir kennen den Grund, warum es gerade dieses Jahr derart extrem war, tatsächlich nicht. Bezüglich einer Interpellation "Bussing-System" zur Erreichung einer verbesserten Durchmischung in den Quartieren kann ich nur sagen, dass ich mir diese Frage schon öfters gestellt habe, bin jedoch zum heutigen Zeitpunkt eher der Meinung, dass wir mit entsprechenden Quartieraufwertungsmassnahmen arbeiten sollten. Zum Beispiel im Quartier Hochstrasse hat eine Wohnqualitätsverbesserung durch Umbau dazu geführt, dass sich der Anteil der Ausländer gegenüber dem Anteil von Schweizern genau umgekehrt hat: Früher waren 90% der Wohnbevölkerung Ausländer und 10% Schweizer, heute sind es 90% Schweizer und 10% Ausländer.

Zur Zeit läuft ein grosses Projekt zur Aufwertung des Quartiers Niklausen, erste Resultate werden demnächst veröffentlicht, und ich verspreche mir für Schule und Kindergarten ausserordentlich viel. "

### **Christa Flückiger (SP)**

### **Schlusswort**

"Ich habe im Laufe der Diskussion viele schöne Worte gehört und bin positiv überrascht. Mein Dank geht vor allem auch an Katrin Hauser-Lauber für ihr Votum. Ich wollte einfach die sich entwickelnde "Sparmanie" aufhalten, welche mir grosse Angst bereitet. Wenn es in Zukunft so laufen wird, wie wir heute Abend verschiedentlich auch von SR Urs Hunziker gehört haben, kann ich wenigstens teilweise beruhigt sein. Ich werde dieses Entwicklung jedoch genau weiterverfolgen und ein Auge darauf haben. Die neu vorgesehene Kindergartenschliessung habe ich schwarz auf weiss und werde auch dieses Thema sehr genau verfolgen.

Ich danke Ihnen für die Diskussion, es scheint allen ein grosses Anliegen zu sein. Die Bevölkerung, vor allem der von Martin Roost angesprochene Personenkreis, dem es "stinkt", hat aufgrund der heute Abend geführten Diskussion auch die Möglichkeit, festzustellen, dass die verschiedenen Probleme angegangen und Lösungen gesucht werden. "

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Dr. Paul Bösch (OeBS)**

**Schlusswort**

"Bekanntlich heisst es, dass der Wunsch der Vater des Gedankens sei. Mein Wunsch nach einer kurzen Sitzung ging nicht in Erfüllung. Ich möchte an dieser Stelle jedoch betonen, dass es mich gefreut hat, dass beide Themen so ausführlich und gut diskutiert worden sind. Die Zeit hat sich gelohnt.

**MITTEILUNGEN**

Zusammensetzung der von der OeBS/EVP-Fraktion präsierten Kommission zur Vorberaung der *Vorlage des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulates)* vom 27.06.06:

OeBS/EVP: Iren Eichenberger

SVP/JSVP/EDU: Paul Dill, Erwin Sutter, Alfred Zollinger

FDP/JFDP: Nihat Tektas, Dr. Raphaël Rohner

SP/AL: Mehmet Ertogrul, Peter Möller, Christoph Schlatter

Die erste Sitzung findet am Montag, 18.09.06, um 17.00 Uhr statt.

Zusammensetzung der von der SP/AL-Fraktion präsierten Kommission zur Vorberaung der *VdSR Totalrevision Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhausen* vom 13.06.06:

SP/AL: Wilhelm Hefti, Peter Neukomm, Rebekka Plüss, Urs Tanner

FDP/JFDP: Theres Brambrink, Thomas Hauser

SVP/JSVP/EDU: Susanne Kobler, Alfred Tappolet, Edgar Zehnder

OeBS/EVP: Alfons Cadario, Lotti Winzeler

Infolge Abwesenheit des zuständigen Referenten liegt noch kein Sitzungstermin fest.

Das Jahr 2006 scheint zum Jahr der Rücktritte zu werden. Heute muss ich Ihnen bereits den 5. Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat bekannt geben. Mit Datum 26.06.06 schreibt **Käthi Tanner-Winzeler** wie folgt:

*Mit einem lachenden und einem weinenden Auge gebe ich meinen Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat auf den Beginn der Sommerferien 2006 bekannt.*

*Die vergangenen drei Jahre im Rat erlebte ich als spannend und interessant. Ich möchte den Einblick in und die direkte Beteiligung an der Politik nicht missen. Spannend fand ich vor allem die Arbeit in den Spezialkommissionen, die ich mehrheitlich als konstruktiv und speditiv in Erinnerung behalten werde.*

*In den letzten Monaten habe ich zunehmend gespürt, dass die zeitliche Inanspruchnahme von Familie, Beruf, Politik und weiteren kleineren Ämtern mir kaum noch Zeit für Erholungsphasen lässt. Ich weiss aber, dass solche für meine Gesundheit unabdingbar sind. Zudem bin ich mit meinem persönlichen Aufwand-/Ertragsverhältnis in der Politik nicht ganz zufrieden.*

*Aus diesem Grund habe ich mich für einen Rücktritt entschieden. Ich wünsche Ihnen*

*weiterhin eine interessante Zeit im Grossen Stadtrat mit möglichst vielen konstruktiven Sitzungen zu Gunsten unserer Stadt.*

Wie Sie aus dem Rücktrittsschreiben gehört haben, hat Käthi Tanner-Winzeler ein kurzes Gastspiel auf dieser Bühne gegeben. Damit möchte ich aber nicht etwa sagen, dass alles Theater war, und spurlos ist diese Zeit auch nicht vorbeigegangen.

Käthi Tanner-Winzeler ist am 4. März 2003 für Thomas Neukomm in den Rat nachgerückt. In den Jahren 2004/2005 war sie als Stimmzählerin im Büro und in diesem Zusammenhang hat sie engagiert mitgewirkt. Ebenso engagiert hat sie in den Spezialkommissionen gearbeitet; es waren insgesamt 10 SPK aus ganz verschiedenen Sparten. Im Jahr 2005 hat Käthi Tanner auch eine kleine Anfrage eingereicht; ihrem beruflichen Tätigkeitsfeld entsprechend betraf es eine Schulhausfrage.

Liebe Käthi, ich wünsche Dir für Deine Zukunft alles Gute, die von Dir erhofften Erholungsphasen und gute Gesundheit. “

Die **nächste Ratssitzung** findet am 22.08.06, 17.00 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** beendet die Sitzung um 19:34 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 10.07.06